

Dresdner Volkszeitung

Hauptschriftleitung: Leipzig, Rosen & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakto: Herr. Krahold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Druckerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 7.25 M., Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die Spaltenbreite 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die Spaltenbreite 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 135

Dresden, Dienstag den 15. Juni 1920

31. Jahrg.

Die Unabhängigkeit der Presse

Gegen jeden einschneidenden wirtschafts- oder kulturpolitischen Reformvorstoß wird der Einwand erhoben: das ist ein Experiment, da überleben wir nicht die Folgen, solche Experimente sind zu gefährlich. Hinter dem Einwand steht die Meinung: wenn wir nicht tun, dann ist das kein Experiment. Das ist Überdramatik! Das Nichttun ist ebenso folgenreicher und gefährlicher als der plötzliche Eingriff. Als vor einem Jahr einmal die Sozialisierung der Presse erörtert wurde, hieß es überall: darauf können wir uns nicht einlassen, die Folgen wären unübersehbar. Man tat also nichts. Die Folgen des Nichtstuns aber waren übersehbar! Nicht nur einige weitblickende Sozialisten haben sie gesehen, sondern auch Herr Stinnes! Zum konnte nichts gelegener kommen, als daß die Regierung den Kopf in den Sand steckte, um so besser konnte er ans „Experimentieren“ gehen. Sein Experiment haben wir jetzt in der Form der Einwirkung der Presse vor uns. Soll es so weitergehen? Nein. Wir müssen einsehen, daß die Experimentierlust in den alten Obrigkeitsstaat gehört, in die Zeit, als wir nur für unsere Katzen, aber nicht für die Unterlassungen der Regierung verantwortlich waren. Heute kann es ein viel schwererer Fehler sein, gar nicht versucht, als ein halbgeglücktes Experiment gewagt zu haben. Wir müssen auch zwischen Experiment und Experiment unterscheiden lernen. Am gewagtesten sind vielleicht Experimente, die recht „vorsichtig“ ausfallen, aber tatsächlich unübersehbar sind. Man denke an das Interatenmonopol. Dieser Eingriff sieht so aus, als ob er weniger gefährlich wäre als ein vollständiger Neuaufbau des Zeitungswesens. Viele mögen das glauben. Aber vielleicht irren sie darin. Ein haufälliges Gebäude soll erneuert und befestigt werden. Zwei Pläne liegen vor. Plan A: Man erlege die Pfeiler des Mittelbaues durch neue und füge die Seitenflügel durch Betonkonstruktionen. Kosten 1000000 M. Plan B: Man erneuere das Fundament des ganzen Schloßes und erneuere, von unten nach oben aufsteigend, Pfeiler und Mauerwerk im ganzen. Kosten 3000000 M. Es wird nach Plan A verfahren. Bei der Erlegung der Mittelbaupfeiler zeigt sich, daß der Druck von den Flügeln auf das Mittelgebäude infolge Versalles stärker war, als angenommen wurde. Hierauf wird eine Stützkonstruktion gegen diesen Druck eingebaut und die Pfeiler der Mitte können nun ersetzt werden. Mehrkosten 500000 M. Nach Fertigstellung des Mittelbaues zeigt sich, daß die haufälligen Seitenflügel keinen Raum mehr haben für die Schwankungen bei Stürmen, das Ganze kracht in allen Zugen. Der Plan mit dem Betonieren genügt nicht mehr. Man muß die Seitenflügel von Grund auf erneuern. Mehrkosten 1000000 M. Nun ist der öffentliche Gesamteindruck zerstört. Auch der Mittelbau muß erneuert werden, der teure und gewagte Pfeilerertrag wäre überflüssig gewesen. Mehrkosten 1000000 M. Gesamtkosten des Planes A: 3500000 M. — 500000 M. Mehrkosten als bei Plan B. Wehdauer des Umbaus: drei Jahre. Unabsehlicher Kerger. Im Anfang aber sah Plan A weniger gewagt und weniger folgenschwer aus als Plan B und das hatte den Ausschlag gegeben! Ein sozialpolitisch-wirtschaftliches „Experiment“ ist unter Umständen dann weniger gefährlich und weniger gefährlich, wenn es umfassend ist, so daß man das ganze betreffende Gebiet mit einem Plan umspannt, als wenn es Teilmassnahmen enthält, die dann Jahr um Jahr hindurch immer neue Verzögerungen, neue Teilmassnahmen, Rückschläge und Kerger nach sich ziehen. Vielleicht ist es so mit der Presse.

Mit der Aufgabe, die Presse im ganzen in einen der Demokratie würdigen Zustand zu überführen, hat sich bisher am eingehendsten Genosse Wolfgang Schumann befaßt (vgl. seine Schrift „Reform und Sozialisierung der Tages- und Wochenpresse“, Tübingen 1919). Er nimmt gleichzeitig und mit einem Plan die rein wirtschaftliche, die moralpolitische und die sozialpolitische Seite der Sache in Angriff. Seine Schrift bringt einen erläuterten kurzen Vorschlag zu einem umfassenden Pressegesetz. Sein Ziel ist in erster Linie, daß jegliche wirtschaftliche, privatkapitalistische Macht, jegliche Unternehmerrmacht über die politische, kulturpolitische und sonstige Haltung der Presse ausgeschaltet werde, ferner: daß die höchste wirtschaftliche Rationalisierung sämtlicher Zeitungsunternehmungen ermöglicht werde (von denen viele jetzt Mutter von Unwirtlichkeit sind), ferner: daß ein weitgehender Ausgleich der wirtschaftlichen Konkurrenz, sowie diese wirtschaftlichen Leistungen sind, herbeiführt. Diese Aufgaben sind nicht leicht zu lösen durch Bildung eines das ganze Reich umspannenden und seine gesamte Tagespresse umfassenden, geistlich geleiteten und seine neugestaltende, rein wirtschaftlich operierende, zentrale Verwaltungsstelle zu übergeben, die in beliebigem Maße unter öffentlicher Aufsicht gestellt werden könnte. Die Verwaltung selbst könnte natürlich landwirtschaftlich- oder freilandwirtschaftlicher Natur sein, während die letzten Entscheidungen und Abrechnungen einer Zentralstelle vorbehalten blieben. Die Presseverwaltung hätte dann ihrerseits vor allem die Aufgaben der Rationalisierung und des Ausgleichs, „Rationalisierung“: vor allem technische und organisatorische Verbindung und Vereinfachung. Mit dem Wort „Ausgleich“ ist gemeint, daß die privatkapitalistischen Vertriebsmittel einzelner Zeitungsunternehmungen, die ihnen heute einen unermesslichen „Gewinn“ verschaffen, dem Staat zufließen, allen Zeitungen innerhalb gleicher räumlicher und sachlicher Grenzen annähernd gleichmäßig zugeteilt werden müßten, also z. B. Papier für das tägliche Zeitungsbogen, Mittel für Reproduktionen, Druckplatten, für Gehälter und Honorare, drucktechnische Einrichtungen, telegraphische Nachrichten (die in bestimmten Umfang zu zentralisieren wären) u. a. m. Festgelegt wäre, daß diese verwaltende Tätigkeit lediglich wirtschaftlichen Charakter hätte. Denn das allgemeine Ziel der Pressegesetzgebung wäre:

Trimborn auf der Ministerfuche

Ueber die Verläufe, die Trimborn zur Lösung der Krise macht, berichtet B. T. V. folgendes:

Trimborn setzte sich zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten, den Herren Müller und Pöhl, in Verbindung und fragte sie, wie der Vorwärts der Partei, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernehme. Nach der Beratung wandte er sich einer zweiten Kombination zu: Fortführung der alten Koalition, die mit Ausschluß der Bayerischen Volkspartei 248 Mandate umfassen würde. Herr Pöhl ist der Ansicht, daß die sozialdemokratische Fraktion auch hierin nicht teilnehmen könne. Herr Müller hingegen, daß eine von so geringer Reichweite getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach außen gehen könne. Daraus resultiert Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, einen Stab der Mitte, der aus Demokraten, Zentrum und Volkspartei bestehen würde. Jenseits der Mitte aus 188 Abgeordnete aufweisen, aber vielleicht auf die maßgebende Neutralität der Nachbarparteien, besonders der Sozialisten, rechnen. Die Sozialdemokratie, die doch auch die Durchführung einer Regierungsbildung ablehnen würde, diese eine solche Verbindung nicht schloß abzugeben, sondern müsse diese Verbindung mit der Verantwortung und Aufsicht annehmen. Sie könne eventuell einen Minister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Kompromiss sei vielleicht in Herrn Pöhlens Vorschlag zu suchen. Besonders hervorzuheben sei die Erwähnung der Sozialdemokraten oder des Widerstandes würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. In die sozialdemokratische Fraktion in einer solchen Koalition nach nicht Zielung genommen hätte, müßten ihre Vertreter, wie der Vorwärts weiter berichtet, ihre Stellungnahme bis nach erneuter Rücksprache mit ihren Auftraggebern vertragen. Genosse Müller hat aber im voraus berichtet, daß eine solche Regierung von der sozialdemokratischen Fraktion nach ihrem Ratemittel werden müßte, und jeder Versuch, die auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschen Volkspartei zu betreiben, aufs schärfste bekämpft werden müßte. Der Vorwärts übertrug seinen Bericht „Keine Rücksicht auf Lösung“ und sagt, auch der weiterliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien nach einmal in Erwägung zu nehmen, werde kaum größere Aussicht auf Erfolg haben.

In dem Lager der Rechten scheint man immer angster zu werden. Während die Herren beim Wahlkampf auf solchen Hoffen setzen, haben sie den Mut vor der eigenen Courage verloren. Bei den Wahlen versichert man dem deutschen Volke, daß die Sozialdemokratie zum Regieren absolut unfähig ist, jetzt wird auf die Sozialdemokratie geschaut, weil sie nicht regieren will. Die Deutsche Tageszeitung vermeldet, die Deutsche Volkspartei wisse nicht nur, daß Deutschland nicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könne, auch nicht mehr gegen die Arbeiter regieren wolle, weil es wisse, daß die Wirtschaft der Arbeiterklasse nötig sei, um die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Deutsche Volkspartei sei sogar bereit, ihre Ueberzeugung

und ihre Herzenswünsche auf verfassungspolitischen Gebiet aufzugeben, um dem Vaterland das nackte Leben zu retten. Die Deutschen wollen also vorläufig großzügig auf alle ihre Bestrebungen verzichten, dem deutschen Volke wieder einen Landesvater zu beschaffen, wenn sie damit erreichen können, daß die Sozialdemokratie weiter mit regiert.

Das Opfer, das hier die Deutschen bringen, darf man freilich nicht so hoch bewerten, denn die Herren wissen, daß die Trauben zu sauer sind. Die Deutsche Volkspartei, die ja jetzt Herrn Stinnes gehört, meint, daß eine bürgerliche Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie nach dem Scheitern der Kabinettsbildung durch Dr. Feine nicht in Frage kommt, und meint weiter, daß die alte Koalition die Regierung wieder übernehmen müsse. Nach einer Weile wird der Berliner Tageblatt soll sich die Deutsche Volkspartei zur Beteiligung an einer rein bürgerlichen Regierung, und zwar auch einer Minderheitsregierung, bereit erklärt haben. Als Bedingung stellt die Deutsche Volkspartei angeblich die Vertreibung von Hochmilitären, und vor allen Dingen die Vertreibung eines Diplomaten auf den Posten eines Außenministers. Dieses Verlangen, daß durchaus ein aus der ordnungsgemäßen Karriere hervorgegangener Diplomat Außenminister werden müsse, beruht geradweg darauf, daß die Weidung wahr, sie würde zeigen, daß die Deutsche Volkspartei eine direkt feindliche Stellung gegenüber der deutschen Volkspartei hat, daß das deutsche Volk hat doch mit seinen Verfassungskämpfern wirklich keine übermäßig günstigen Erfahrungen gemacht. Die Zeitung unserer auswärtigen Politik durch Leute, die die diplomatische Karriere regelrecht durchgemacht haben, hat nicht verhindern können, daß Deutschland eine blühende auswärtige Politik getrieben hat, während andere Staaten, die die Leitung ihrer auswärtigen Angelegenheiten erfahrenen Politikern anvertrauen, auch wenn diese keine Berufsdiplomaten waren, damit zum Teil sehr günstige Erfahrungen gemacht haben.

Erreicht ist es, daß sich auch bei den Unabhängigen Stimmen der Verzweiflung regen. Der bekannte Journalist Karl Schmid, der der Unabhängigen Partei angehört, muß eingestehen, daß die Arbeiter durchaus mit der Haltung der Freiheit nicht durchweg einverstanden sind. Man habe sich vor der Wahl mehr versprochen als eine Politik der parlamentarischen Entzweiung und Passivität. Das Verständnis für eine Politik der Entzweiung sei bei den durch verschiedene Stillestände nicht veränderten und durch Unzufriedenheit nicht zu behebenden einfachen Deutschen nicht sonderlich groß. Schmid spricht von einer Diktatur des Parlamentarismus, die die Diktatur des Proletariats ersetzen will. Nach das Hamburger unabhängige Organ fordert sich entschieden gegen die Abstinenzpolitik der Parteileitung. Offentlich gewinnen derartige Anschauungen in den Reihen der unabhängigen Partei immer mehr Anhänger, damit eine fruchtbarere politische Politik getrieben werden kann.

weitestgehende Selbstständigkeit derjenigen, die den Teil der Zeitungen wirklich herstellen und damit deren politische und geistige Haltung bestimmen, also in erster Linie der Redakteure. Sie sind von jedem wirtschaftlichen Druck auf die Freiheit ihrer Meinung zu entlasten und haben mit der Verantwortung die vollkommen selbständige Leitung der Presse zu übernehmen. In „Gilden“ zusammenzuschließen, deren Aufgaben Schumann besonders behandelt, bilden sie halb-autonome Körperlichkeiten, die die Tätigkeiten der einzelnen im Hinblick auf Redaktions- und Sachlichkeit überwachen (etwa wie die Anwaltskammern), wie ja überhaupt solche „Tribüne“ geradezu „Geldtribüne“ erhalten müßten. In nun jede Redaktion selbständig und wirtschaftlich unabhängig, so erwidert dadurch und allein dadurch die „Pressefreiheit“ zum erstenmal in der Welt geföhrt. Jede Redaktion arbeitet unter den ungelähmten Bedingungen wie jede andere und gewinnt nur durch ihre höhere Belastung oder durch ihre besonderen politischen Annahmen mehr oder weniger Leser. Hierbei bleibt es selbstverständlich Parteien und politischen Körperlichkeiten unbenommen, politische geordnete Redaktionen mit der Gründung oder Leitung bestimmter Blätter zu beauftragen — nur die wirtschaftliche Anordnung ist unmöglich, daß freie Vertragsverhältnisse nicht davon unberührt. Für die Neugründung von Zeitungen sind besondere Verordnungen zu schaffen; nur Blätter mit einem Abonnementstand unter bestimmten Grenzen werden aufgeschlossen.

Die Einzelheiten des Schumannschen Vorschlags können hier nicht erörtert werden. Er gäbe die Möglichkeit zu großen Erparnissen, vor allem an Papier, und ebenso zu finanziellen Einnahmen großen Umfangs — einseitig wäre ein Interatenmonopol durch ihn überflüssig gemacht, da übermäßige Gewinne abnehmend dem Staat einzufließen und die Gründung besonderer Interaten-Blätter nur dem Staat anfallen würden. Eine solche Selbstverwaltungstransaktionen unter staatlicher Aufsicht würde übrigens von selbst das Interatenmonopol wirtschaftlich vernünftig regeln, wie überhaupt der Schumannsche Vorschlag für jede rationale Verwertung menschlichen Humors ist. Die Grundidee der „Gilden“, „Interatenmonopol“ ist dabei auf die Vermeidung des „Geldes“ abgesehen, die Übernahme aller Verordnungen, Redaktionen und Druckereien Angehörigen wäre durch die innere Verfassung des „Lagers“ in jeder beliebigen Form zu regeln. Entscheidend sind die großen Vorteile: die wirtschaftliche Freiheit gepaart mit höchster Wirtschaftlichkeit.

Es ist an der Zeit, daß endlich an diesem Gebiet der erste und gründliche Einbruch über eine unvollständige Freiheit erfolgt. Hier ist vor allem eine neue unüberwindliche Grenze für

die Sozialisierungs-Kommission. Wenn wir nicht den verberberischen Ansichten der volkswirtschaftlichen Mächte auch auf diesem Gebiet, und damit natürlich unterliegen wollen, dann bedarf es endlich positiver Arbeit. Man unterschätze die Sache nicht! Um die Freiheit der Presse ist nicht darum ein Jahrhundert hindurch gekämpft worden, damit sie zuletzt von demagogischen Ausbeutern — geklaut werden kann. Die ungeheure Macht der Presse ist nicht darum in aller Munde, damit schließlich ein paar Kapitalgewaltige sie zu ihrem Monopol machen. Bis jedoch die öffentliche Macht in diesem Zustande über Volkserhebung und -verblendung Ordnung schafft, gibt es für uns alle nur ein Mittel: Selbsthilfe. Galtet die Augen offen! Kein Abnehmepfennig darf in die Taschen „Interatenmonopol“ Unternehmungen fließen. Kein Interat ihnen Gewinne verschaffen, und auch sie noch so verführerisch. Auch auf diesem Gebiet ist der Konsumt eine Macht, noch immer. Noch immer haben wir, jeder einzelne, es in der Hand, durch Aufklärung der Öffentlichkeit, durch Werben für die sozialistische und freiwirtschaftliche Presse und durch strenge Selbstkucht der reaktionären Papierüberflutung ein kräftiges Galt zu gebieten!

Neueste Telegramme

Die Lage in Albanien

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 15. Juni. Die V. J. meldet aus Rom: Nach amtlichen Berichten hat sich die Lage in Albanien in den letzten 24 Stunden verbessert, nachdem angeblich Verstärkungen eingetroffen sind. In dem heutigen Anzeiger wurden die notwendigen Maßnahmen festgelegt. In der Beratung nahm auch der Vertreter der Aufrechterhaltung teil. Die Aufrechterhaltung nicht abgeschlossen zu sein, in Verbindung mit den letzten. Die Spesen veranschlagt 20 Tote und 50 Verwundete.

Der Kohlenzug bei Hausangestellten

Berlin, 15. Juni. Wir erfahren, wird noch heute durch das Reichliche Telegraphenamt eine Verordnung des Reichsministeriums erlassen werden, wonach der Kohlenzug bei Hausangestellten nur vom baren Geld, nicht aber von dem Naturallohn gemacht wird. Für die Kohlen aber vom baren Geld nicht nur 10 Pf., sondern das sonst übliche 15 Pf. abzugeben.

Der Fundament mit Moskau

Berlin, 15. Juni. Die V. J. meldet aus Moskau: Die Verhandlungen zwischen den russischen und deutschen Vertretern sind in der letzten Zeit sehr lebhaft verlaufen. Die Verhandlungen sind in der letzten Zeit sehr lebhaft verlaufen. Die Verhandlungen sind in der letzten Zeit sehr lebhaft verlaufen.

Aus der Werkstatt eines Schieders

In zweifacher Verhandlung hatten sich vor der dritten Straf...

Aus der persönlichen Vernehmung des Angeklagten Köhler...

Zu der Verhandlung waren zwölf Sachverständige und sechs...

Ein schwerer Junge

Ein gefährlicher Vandal, der es speziell auf Anter...

Das Volkswort Dresden, das bekanntlich in dem an den...

Auf der Eisenbahnlinie Selsky-Vollitz tritt von heute...

Verteilung von Gänsepulver. Auf Abkmit VII der weißen...

Zur Vorentscheidung der Auslandsbesuchen. Die ihres...

Die Hülfskommission der erwerbslosen kaufmännischen...

Die Verleumdungsklagen des Einzelhandels der Kriegs...

Bei der Abnahme der Postkassen-Liste wurden folgende...

Ein eigenartiger Selbstmord verübte heute früh in dem...

Ein schwerer Unfall hat sich heute in der Nähe von...

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk. Gruppe Trachenberge. Hoteling Frauen. Die...

Wanderungskommision G. Kreis. Lübtow, Gotta, Raub...

Ernen. Erdnis. Reich. Mittwoch abends 7 1/2 Uhr Ver...

Blauenischer Grund

Blauen. Die Gemeinde hat noch einige Wagen inländische...

Schluss. Am vergangenen Sonntag geriet zu werden, sei...

Erträge. Mittwoch Verteilung von 100 Gramm Schweine...

Verfall. Die Gemeinde hat einige Trilljoden erlangt, die...

Verfall. Schuldenstandslegung. Kenntnis wurde...

Verfall. In dem im letzten Gemeinderatsbericht erwähnten...

Verfall. Kartellverkauf. Mittwoch findet Verkauf von Stiefel...

Der 17. deutsche Genossenschaftstag

Der 17. deutsche Genossenschaftstag. Am zweiten Verhandlungstag...

Der 17. deutsche Genossenschaftstag. Am zweiten Verhandlungstag...

Der 17. deutsche Genossenschaftstag. Am zweiten Verhandlungstag...

Der 17. deutsche Genossenschaftstag. Am zweiten Verhandlungstag...

Der 17. deutsche Genossenschaftstag. Am zweiten Verhandlungstag...

Der 17. deutsche Genossenschaftstag. Am zweiten Verhandlungstag...

Der 17. deutsche Genossenschaftstag. Am zweiten Verhandlungstag...

Das Kapitel Aufhebung der Zwangsverpflichtung...

Das Kapitel Aufhebung der Zwangsverpflichtung...

Das Kapitel Aufhebung der Zwangsverpflichtung...

Das Kapitel Aufhebung der Zwangsverpflichtung...

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitszeit in den Krankenaufstellen

Das im Krankenpflegeberufe beschäftigte Personal fand...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Das Personal habe seit dem vorigen Jahre den Arbeitszeit...

Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page.

Das Beispiel, wie weit der Gemeininn und das Verständnis dieser...

Lehrlingswesen und Tarifverträge
In verschiedenen Blättern (nicht von uns) wurde kürzlich...

Die Streiklage in der ersten Zone
Berlin, 15. Juni. Wie der Telegramm-Dienst aus Sondersburg...

Arbeitsniederlegung im Feuerungs- und Schornsteinbau
Der Bezirksverein Dresden des Deutschen Bauarbeiters...

Lohnerhöhung im Ruhrbergbau
Bonn, 15. Juni. Der am 21. Mai vereinbarte Tarifvertrag...

Briefkasten
Stettin, Briefsch. 1. Der Normallohn der Unterhaltungs...

Differenzen im Frankfurter Handelsgewerbe
Frankfurt a. M., 15. Juni. Die Arbeitgeberverbände des...

Der Streik in Düsseldorf
Düsseldorf, 14. Juni. Der Streik der städtischen Arbeiter...

Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag
Auf Antrag des Verbandes der Steinzeiger und...

Bekanntmachung über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn und über die Ausstellung der Steuerkarten.

Durch die Verordnung vom 21. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 1088) hat der Reichsminister der Finanzen angeordnet, daß die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über den Abzug vom Arbeitslohn...

4. Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Steuerkarten nicht auszustellen.
§ 4. 1. Für den gemäß § 1 und § 2 Abs. 3 einbehaltenen Betrag hat der Arbeitgeber Steuerkarten bei der Auszahlung des Arbeitslohns in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzufüllen und zu entwerfen.

Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921)

III. Unmittelbare Einzahlung des einbehaltenen Betrags bei der Steuerbestellung.
§ 12. 1. Das Landesfinanzamt kann auf Antrag des Arbeitgebers zulassen, daß eine Verbuchung von Steuermarken unterbleibt und daß die Einzahlung des nach § 1 und § 2 Abs. 3 einbehaltenen Betrags durch den Arbeitgeber in bar oder durch Überweisung auf das Postkonto bei der Steuerbestellung erfolgt.

I. Allgemeine Bestimmungen.
§ 1. 1. Jeder Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung jedes vom Hundert des Arbeitslohns an Löhnen des Arbeitnehmers einzubehalten.

IV. Schlussbestimmungen.
§ 17. Der Arbeitgeber hat bei dem Reich für die Einbehaltung und Entrichtung des nach § 1 bestimmten Betrags neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

II. Einzahlung des einbehaltenen Betrags durch Steuermarken.
§ 2. 1. Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsorts eine Steuerkarte ausstellen zu lassen.

§ 12. 2. Die Behörden des Reichs, des Landes und der Gemeinden sowie die sonstigen öffentlich-rechtlichen Verbänden wird auf Grund von § 12 Abs. 1 der Bestimmungen gestattet, daß eine Verbuchung von Steuermarken unterbleibt und die Einzahlung des einbehaltenen Betrags in bar oder durch Überweisung bei der Steuerbestellung erfolgt.

Dresden, am 7. Juni 1920.

Bormärts-222 Bibliothek
Das Land der Zukunft
Verdrosenes Volk
Der Pariser Garten
Kriegsfahrten
Kriegsberichte
Herzen im Kriege
Der Morgen
Die Wartenden
Der Ausweg
In D. Sed getrieben
1000 R. Belohnung
Die Heiterkeit
Der Gottesdiener
Als Zwillinge
Der Verbreter
Volksbuchhandlung

